

Göttinger Linke / Haushaltsrede 17.03. 17

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

"Unsere Stadt steht voll im Saft" verkündete der Oberbürgermeister bei Einbringung des Haushaltsentwurfs im Dezember und dann noch einmal auf dem Neujahrsempfang in der Stadthalle.

Dies gilt leider nicht für die von der Sozialdezernentin angesprochenen gut 16 Prozent Kinder in Göttingen, deren Lebenssituation als arm zu bezeichnen ist. Dies gilt nicht für die immer größere Zahl von alten Menschen, die mit einer Minirente auskommen müssen, denen die Mieten davonlaufen und denen oftmals nicht mehr als 300 Euro zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes im Monat bleiben. Junge Familien, die erneut mehr für den Besuch ihrer Kinder im Kindergarten zahlen sollen. Geringverdiener\*innen, die sich kein Auto leisten können und wieder mehr für ein Busticket hinlegen müssen. Wobei wir zugestehen, dass die Halbierung des Monatsbustickets für ALG-II-Bezieherinnen eine erste richtige Maßnahme ist. Geringverdiener\*innen und Kleinrentner\*innen, allerdings, die es sich noch nie oder endgültig nicht mehr leisten können hin und wieder im Badeparadies schwimmen zu gehen, weil eine erneute Erhöhung der Eintrittspreise um durchschnittlich mehr als 10 Prozent ansteht, sind weiterhin die Verlierer\*innen. Für all sie gilt, es ist immer weniger im Portemonnaie und jede weitere finanzielle Belastung geht ernsthaft an die Substanz. Wenn wirklich jemand sich den Ausspruch unseres OBs "im vollen Saft zu stehen " zu eigen machen kann, dann ist es unsere Sparkasse. Die verkündet voller Stolz, dass sie für 2016 erneut ein Rekordergebnis verbuchen kann. Und da nun längst alle Kriterien nach Basel III erfüllt sind und eine beachtliche Risikorücklage geschaffen wurde, und weil immer mehr Sparkassen dazu übergehen, freiwillig oder durch öffentlichen und politischen Druck getrieben, dürfen wir von unserer Sparkasse endlich einen erkennbaren Beitrag an Ausschüttung an den

städtischen Haushalt erwarten. Damit könnte z.B. der angebliche Fehlbetrag der Göttinger Verkehrsbetriebe ausgeglichen werden und Busfahren müsste zumindest nicht teurer werden und wir könnten die Eintrittspreis für die Schwimmbäder stabil halten und hätten noch Luft dafür, der einen oder anderen sozialen und kulturellen Initiative ihre Arbeit etwas zu erleichtern. Wir müssten nicht um einige Tausend Euro für die medizinische Flüchtlingshilfe feilschen, könnten die Schularbeitenhilfe weiterhin angemessen und wie beantragt fördern, denn der Ausbau der Ganztagschulen macht ihre Arbeit noch längst nicht überflüssig. Auch wichtige Frauen- und Familienprojekte wie ProFamilia und das Frauenhaus könnten entsprechend ihrem Bedarf und ihrer Anträge gefördert werden. Würden wir z.B. die ehemals mit 100.000 Euro veranschlagte Förderung für das Welcome-Center, die ruckzuck zur Verfügung standen und für trotz Wegfalls des Bundeszuschusses immer noch 50.000 Euro im Haushalt stehen dazu verwenden, die Kita-Gebühren zumindest auf dem jetzigen Stand zu halten, wäre das wenigstens ein kleines Signal in die Richtung junger Familien. Und, wenn wir in der jetzigen Lage von Niedrigzinsen -vielerorts erhalten die Kommunen ja schon Minuszinsen bei Kreditaufnahme - und bei gleichzeitig vorhandenen Investitionsstau für etliche Bereiche der öffentlichen Infrastruktur die Investitionen erhöhen würden, wäre dies ein Beitrag in die Zukunft, die uns immer weiter zunehmende Folgekosten bei den sich potenzierenden Mängeln und Schäden ersparen könnten. Auch die vom Kämmerer so hochgehaltene „schwarze Null“ darf nicht zum Selbstzweck verkommen, sondern muss in Abwägung zu den momentanen Rahmenbedingungen und den realen Erfordernissen gesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz des angeblich vollen Saftes in dem die Stadt stehen mag gibt es also noch etliche Bereiche in unserer Stadt, die eher einem verdorrten Ast ähneln.

Lassen Sie mich ein anderes Problemfeld ansprechen. Die Stadt verfügt zwischenzeitlich über so viel Eigenbetriebe und Gesellschaften, dass deren Haushalte einen nennenswerten Teil des Volumens unseres hier von uns diskutierten Haushaltes erreichen. Seit Jahren fordert der Landesrechnungshof im Sinne von mehr Klarheit und Wahrheit für die Bevölkerung und ihre Räte eine Gesamtübersicht und Zusammenstellung. Die internen Verschachtelungen und Verquickungen bleiben uns als Feierabendpolitiker in vielen Fällen verborgen oder ein Rätsel. Ist Ihnen allen klar, dass diese ausgelagerten Betriebe - auch ohne Sparkasse und EAM – weit über 100 Millionen Euro Umsatz machen, 1300 Beschäftigte haben und grob ermittelt gut 300 Millionen Euro Schulden vor sich hertragen? Auch wenn die Schulden hauptsächlich aus der

Wohnungsbaugesellschaft und dem Entsorgungsbetrieb herrühren, der verbleibende Rest dürfte immer noch der Höhe der städtischen Kredite entsprechen.

Wieso muss die Göttinger Sport- und Freizeit GmbH z.B. ihre Eintrittspreise für die Schwimmbäder um durchschnittlich gut 10 Prozent erhöhen wobei sie gleichzeitig über Rücklagen in Wertpapieren in Millionenhöhe verfügt? Warum gehen viele Grundstücks- und Immobiliengeschäfte der Göttinger Wirtschaftsgesellschaft ohne große Diskussion im Rat über die Bühne, obwohl sie zu 100 Prozent in Händen der Stadt ist? Hier findet eine permanente Selbstentmachtung des Rates statt. Deutlich mehr Transparenz in Bezug auf unsere Gesellschaften und Eigenbetriebe ist aus unserer Sicht zwingend erforderlich. Die Zusammenfassung dieser quasi Schattenhaushalte mit all ihren Gewinnen und Verlusten, ihren internen Ausgleichs- und Verrechnungsmechanismen - als Konzernabschluss, muss endlich erfolgen. Die immer mit deutlicher Verzögerung vorgelegten Beteiligungsberichte erfüllen diesen Anspruch nicht wirklich.

Wir werden zu den einzelnen Teilhaushalten insgesamt nur noch wenige Anträge stellen, da ja in den Beratungen der Fachausschüsse schon die wesentlichen Entscheidungen gefallen sind und wir hier nicht da ganze Prozedere wiederholen wollen. Wir werden etlichen Teilhaushalten durchaus unsere Zustimmung geben, weil uns die in ihnen ausgewiesenen Ansätze und auch deren Gesamtrichtung einleuchten und stimmig erscheinen. Aber es gibt eben auch Einzelhaushalte, wie sie sicher erwartet haben, denen wir nicht zustimmen können. Wenn z.B. für unser städtisches Museum immer noch keine wirkliche Finanzierung erkennbar wird, um den Museumsbetrieb wieder vollumfänglich aufnehmen zu können, dafür aber immer noch erhebliche Mittel für das zumindest von uns mit Skepsis betrachtete Kunstquartier verankert werden, dann ist das für uns z.B. nicht zustimmungsfähig. Aber nun will ich meinen Fraktionskollegen unsere Vorschläge und Anregungen für den Kultur-, Sozial-, Schul- und Jugendhilfebereich nicht vorwegnehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

besonders enttäuscht und verärgert sind wir, dass sie nach all den wohnungspolitischen Diskussionen und Anträgen im Bauausschuss und Rat unseren Antrag nach Aufnahme eines Betrages von fünf Millionen Euro als eigenen Beitrag zum sozialen Wohnungsbau unisono abgelehnt haben. Hier könnt der Rat nach all seinen Appellen und Schwüren einen eigenen Akzent und Schwerpunkt setzen. Das Argument, wir hätten z.Zt. gar nicht die notwendigen Grundstücke, um sie selbst zu bebauen, lassen wir so nicht gelten. Statt Grundstücke und Gebäude, wie in der Vergangenheit aus unserer Sicht allzu häufig zu verkaufen, könnte man sich auch darauf verständigen, vermehrt auch wieder welche zu erwerben., Das wäre schon

2013 für das gesamte IWF-Gelände mit einem Betrag von 2,8 Millionen Euro möglich gewesen. Dort hätte jetzt schon Sozialer Wohnungsbau stattfinden können. Stattdessen baut dort demnächst ein privater Investor hochpreisige, im Nonnenstiegviertel höchst umstrittene Wohnungen. Wir hätten mit der Gothaer, Satorius und einigen anderen Grundstücksverkäufern über einen Geländeankauf ernsthaft verhandeln können. Und wir würden mit solchen Maßnahmen nach unserer Überzeugung noch nicht einmal mit dem Entschuldungshilfeprogramm in Konflikt geraten. Denn das Land gesteht uns darin zu, dass in speziellen Situationen mit akutem Handlungsdruck, besondere, den Grundsätzen des Vertrages einer schnellen Entschuldung entgegenlaufende Maßnahmen zulässig sind und keinen Vertragsverstoß darstellen oder gar Sanktionen nach sich ziehen müssen. Wann, wenn nicht jetzt in Zeiten einer noch nie da gewesenen Niedrigzinssituation sollen und wollen wir denn aktiv werden? So wird die viel gepriesene „schwarze Null“ doch nur noch zum Fetisch und die Förderung sozialen Wohnungsbaus bleibt nicht nur von Bund und Land eine Fata Morgana, sondern auch in unserem Haushalt.

Nun kann man natürlich sagen, war doch klar, dass die Göttinger Linke den Gesamthaushalt ablehnen wird. Das ist doch die übliche Pflicht der in Opposition stehenden Fraktionen. Ich meine aber, wir verhalten uns nicht nur rollenkonform und folgen ritualisierten Abläufen, sondern wir haben inhaltliche und politische Gründe, dem so vorliegenden Haushalt in seiner Gesamtheit unserer Zustimmung zu verweigern.